bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 09 | 24. April 2008

Rechte Szene 2

„Tag der deutschen Arbeit“
Mit Sozialdemagogie geht die NPD am 1. Mai in Nürnberg auf die Straße – die NS-Nostalgiker demonstrieren in Hamburg.

Populistische Hetzkampagne
NPD-Aktivisten schüren im östlichen Mecklenburg- Vorpommern polenfeindliche Stimmung – die Agitation fällt auf fruchtbaren Boden.

Karriereknick
Thüringer NPD-Chef nur knapp bestätigt.

„Geistiges Rüstzeug“
Das „Deutsche Kolleg“ versteht sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches“.

Seitenblick 5

Veräußerungsverbot
Geplante Verkäufe vorerst „auf Eis“ gelegt.

Grauzone 5

„Gesunder Nationalstolz“
CDU-Rechtsausleger versuchen Comeback.

Verfassungsschutz 6

Strategie der „Biedermänner“

Ausland 7

Spaltungstendenzen
Rechtsextremisten in Frankreich wollen eine neue Sammlungsbewegung gründen und sich rechts vom abgeschlagenen Front National positionieren.

Demokratische Initiativen 8

Demokraten im Praxistest
Die Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert ein Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“.

Handlungsempfehlungen
Konzepte für die politische Bildung.

„Patriotische Kleidung“
Analyse einer mehrdeutigen Modemarke.

Blick in die Zeitgeschichte 10

16 Bände „Holocaust“
Eine neue Reihe dokumentiert umfassend die Verfolgung und Ermordung der Juden durch das nationalsozialistische Deutschland.

Christenkreuz und Hakenkreuz
Wie sehr Kirchenbau und kirchliche Kunst vom Nationalsozialismus geprägt waren, macht eine empfehlenswerte Ausstellung an elf Beispielen aus ganz Deutschland deutlich.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Tag der deutschen Arbeit“

Mit Sozialdemagogie geht die NPD am 1. Mai in Nürnberg auf die Straße – die NS-Nostalgiker demonstrieren in Hamburg.

Trotz aller Modernisierungsbemühungen der extremen Rechten in Deutschland – es ist im Kern in weiten Teilen immer noch das alte braune Gebräu: Nationalsozialismus und „Volksgemeinschaft“. Auch in diesem Jahr dürfte das am 1. Mai wieder zu besichtigen sein, wenn Neonazis in vier bundesdeutschen Städten auf die Straße gehen. Angemeldet sind Demonstrationen in Hamburg, Nürnberg sowie in Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße.

Den offenkundigsten NS-Bezug weist dabei die Veranstaltung in Hamburg auf, organisiert im Wesentlichen von „freien“ Neonazis und unterstützt von Hamburgs NPD sowie deren Nachwuchsorganisation JN. In ihrem Aufruf unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen!“ sehnen sich die Initiatoren nach einem „nationalen Sozialismus“ und nach einer „klassenlosen Volksgemeinschaft“. Ins Bild passen die angekündigten Redner: Jürgen Rieger, der sich wegen seiner wirren Rassezuchtphantasien auch in der rechten Szene den Spitznamen „Samenbank-Rieger“ verdient hat, der niedersächsische Neonazi Dieter Riefling, der vom „Sternmarsch nach Berlin“ träumt („Und dann wird uns keiner dieser Hochverräter mehr entkommen ... Barrikaden werden stehen.“), Reinhold Oberlercher, einst SDS-Aktivist und nach seiner Wendung zur extremen Rechten Autor eines „100-Tage-Programms der nationalen Notstandsregierung“, sowie der Vorsitzende der „Nederlandse Volks-Unie (NVU), Constant Kusters, ein wegen seiner unverblümten NS-Nostalgie umjubelter Redner bei Aufmärschen der Szene.

Fest in der geistigen Tradition des Nazismus stehen auch die Veranstalter der „Doppeldemonstration“, die in Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße stattfinden soll. „Der 1. Mai ist ein Bekenntnis zu dem uns allen ernährenden Boden, ein Bekenntnis zu seelischer und geistiger Gemeinsamkeit aller Volksgenossen“, heißt es in ihrem Aufruf. Eine „an Volk und Raum orientierte Wirtschaft statt Kapitalismus“, fordern die Veranstalter sowie die „Schaffung von bodenständigen Wirtschaftsstrukturen und die Stärkung des Bauerntums“. Veranstalter in Kaiserslautern und Neustadt ist eine „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit“. Unter diesem Label hatten Neonazis aus der Region bereits in der Vergangenheit Demonstrationen angemeldet. Als Initiatoren der Doppeldemonstration werden die Neonazis Rene Rodriguez-Teufer und Mario Matthes vermutet. Unterstützt wird der Aufmarsch, der eher regionale Bedeutung haben dürfte, auch von drei NPD-Kreisverbänden aus Rheinland-Pfalz.

Dezenter als die Neonazi-Nostalgiker im Südwesten der Republik geht die NPD in ihrem Aufruf zur „bundesweiten Großdemonstration“ in Nürnberg zu Werke. Antikapitalistische Klänge ja, aber allzu offensichtlich soll die Orientierung am „nationalen Sozialismus“ nicht ausfallen. Statt dessen übt sich die NPD in Sozialpopulismus. „In der BRD wird abgezockt, was das Zeug hält: vom Staat, von Managern, von Politikern, von Vorständen der Krankenkassen und Versicherungen“, erklärt Parteichef Udo Voigt. Kräftig würden Staat und Kommunen das Volk ausplündern. Die Alternative der NPD auf dem Flugblatt zum 1. Mai: „Die Wirtschaft muss wieder auf das nationale Wohl verpflichtet werden.“

Auf Nürnberg als Veranstaltungsort dürfte die Wahl unter anderem deswegen gefallen sein, weil in Bayern im September ein neuer Landtag gewählt wird. Neben dem Parteichef und dem JN-Bundesvorsitzenden Michael Schäfer sind denn auch Voigts bayerischer Stellvertreter Sascha Roßmüller und der Landesvorsitzende Ralf Ollert als Redner zum „Tag der deutschen Arbeit“ angekündigt. Die Bayern-NPD zählt inklusive der JN dem unlängst veröffentlichten aktuellen Jahresbericht des Landesverfassungsschutzes zufolge inzwischen mehr als 1000 Mitglieder und damit ungefähr so viele wie der Vorzeige-Landesverband in Sachsen. Bei der Landtagswahl könnte ihr aber eine ähnliche Schlappe drohen wie zuletzt der NPD in Niedersachsen oder Hessen – auch weil, wie Voigt im Parteiblatt „Deutsche Stimme“ mutmaßte, „soziale Proteststimmen“ nicht bei ihr, sondern eher auf dem Konto der Linken landen. Grund genug also, am 1. Mai gerade in Bayern mit rechter Sozialdemagogie auf die Straße zu gehen. *Tomas Sager*

25. Jahrgang | 09 | 24. April 2008

Populistische Hetzkampagne

NPD-Aktivisten schüren im östlichen Mecklenburg- Vorpommern polenfeindliche Stimmung – die Agitation fällt auf fruchtbaren Boden.

Im vorpommerschen Löcknitz haben in der Nacht zum 20. April zehn Rechtsextremisten hinterrücks eine Polizeistreife angegriffen. Die Beamten waren unterwegs zu einem in der Region als Treffpunkt der rechtsextremen Szene bekannten Garagenkomplex. Als der Einsatzwagen stoppte, wurden die Türen aufgerissen und die Angreifer schlugen auf die Beamten ein. Die konnten sich nur durch den Einsatz von Reizgas und durch Flucht dem Angriff entziehen. Die alarmierte Verstärkung riegelte das Areal weiträumig ab und nahm 24 Personen, darunter fünf weibliche, vorläufig fest. Gegen die Beschuldigten wird wegen schweren Landfriedensbruchs ermittelt.

Bei der Durchsuchung der von den Rechtsextremisten genutzten Garagen wurden neben einem Tresen und einer Registrierkasse, die auf eine illegale Schankwirtschaft schließen lassen, unter anderem rechtsradikale Parolen und NPD-Plakate gefunden. Außerdem beschlagnahmten die Behörden zahlreiche CDs, einen Laptop, ein Hitler-Bild und eine Hakenkreuzfahne.

Die Ermittler gehen davon aus, dass die Rechtsextremisten mitverantwortlich sind für eine seit Monaten die Region beschäftigende antipolnische Kampagne.

Löcknitz im Uecker-Randow Kreis im östlichen Mecklenburg-Vorpommern gehört zum Wahlkreis des NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller. Müller gilt als einer der führenden Köpfe innerhalb eines gut organisierten gefestigten Kameradschaftsnetzwerkes, des „Nationalen und Sozialen Bündnis Pommern“ (SNBP) und ist Mitglied der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend. Im Landkreis leben etwa 700 bis 800 polnische Staatsbürger. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kreises beträgt etwa 0,9 Prozent. Diese geringe Quote war im August 2007 ein Grund für den NPD-Parlamentarier Müller und seine Anhänger, eine populistische Hetz-Kampagne gegen die polnischen Mitbürger, Politik und Wirtschaft zu inszenieren. Ihren Höhepunkt erreichte die Kampagne am 31. August mit einem NPD-Infostand im kleinen Städtchen Löcknitz. Schon Tage zuvor liefen Anhänger der rechten Szene in roten T-Shirts mit den Aufdrucken „Löcknitz bleibt Deutsch“ und „Kein Fußbreit deutschen Boden mehr!“ durch den Ort. Parallel zu den aufwiegelnden, menschenverachtenden Aktionen der NPD kam es in deren Umfeld zu mehreren Sachbeschädigungen am Eigentum polnischer Mitbürger.

In einem 4-seitigen Flugblatt forderte die NPD dann dreist: „Grenzen dicht!“. Mit den Thesen deutsche „Politiker im Dienste Polens“, „Polnische Geschäfte überall“, „Polen an deutschen Schulen“ oder „Deutsche Sozialleistungen für Polen“, versuchten die Rechtsextremisten eine Art Pogromstimmung zu entfachen. Für den Neubrandenburger Staatsanwalt Gerd Zeidler war klar, „ in welche Richtung dieses Flugblatt zielt und wes Geistes Kind die Urheber sind“. Doch strafbar waren diese Äußerungen nicht. Die Behörde habe dieses Pamphlet ausgewertet und sei zu dem Ergebnis gekommen, so Zeidler, dass nicht alle Voraussetzungen für ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegeben seien.

Die ausländerfeindlichen Aktionen des NPD-Aktivisten Müller scheinen auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Am 15. Januar dieses Jahres berichtete die „Ostsee-Zeitung“ über weitere „Randale an Autos polnischer Bürger in Löcknitz“. Insgesamt neun Fahrzeuge polnischer Bürger mit Wohnsitz in Löcknitz wurden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion beschädigt. Seither tauchen beinahe monatlich neue ausländerfeindliche Parolen im Ortsbild auf. Während der Landtagssitzung Anfang März erneuerte Müller seine Thesen und sprach von „schleichender Polonisierung“. Später äußerte er sich noch auf der Homepage der NPD-Fraktion „Entstehende Kriminalität und das Wirken des organisierten Verbrechens, unter dem die Menschen im Land leiden, werden schöngeredet.“ Eine Entwicklung, die nur der NPD-Parlamentarier so sieht. Denn tatsächlich ging nach Erhebungen der zuständigen Polizeidirektion Anklam die Zahl der Straftaten seit der Erweiterung des Schengenraumes am 21. Dezember 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 36 Prozent zurück. Doch trotz dieser Zahlen scheint die Saat des NPD-Aktivisten Müller aufgegangen zu sein. Am Wochenende nach der Landtagssitzung kam es in Löcknitz wieder zu polenfeindlichen Schmierereien.

Thomas Niehoff

Karriereknick

Thüringer NPD-Chef nur knapp bestätigt.

Frank Schwerdt bleibt NPD-Landeschef in Thüringen. Mit nur 60 Prozent der Delegiertenstimmen konnte sich Schwerdt auf dem thüringischen NPD-Landesparteitag am 12. April in Ronneburg gegen seinen Konkurrenten Thorsten Heise, Mitglied des thüringischen NPD-Landesvorstandes und des NPD-Bundesvorstandes, durchsetzen. Vor Ort waren 120 Delegierte und geladene Gäste. Nach der Wahl wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst. Zuvor hatte der Gaststätteninhaber das Hausrecht an die Polizei übertragen. Daraufhin marschierten mehrere Dutzend NPD-Delegierte bei einer Spontandemonstration unter dem Motto „Gegen Polizeiwillkür" in der Innenstadt von Ronneburg auf. Unter den Demonstranten waren neben Schwerdt die NPD-Kader Patrick Wieschke, Patrick Weber, Ralf Wohlleben, Christian Kaiser, Sebastian Reiche, Hendrik Heller und Martin Rühlemann.

Schwerdt (Jg. 1944), seit 2001 Thüringer NPD-Landesvorsitzender, war zunächst Mitglied und Funktionär der Berliner NPD, wechselte zur CDU von 1972 bis 1989, und schloss sich 1989 den Republikanern an. Ab 1991 gehörte er dem Verein „Die Nationalen e.V." an und wurde im Juli 1993 dessen Vorsitzender. Nach der Auflösung der Nationalen wegen eines bevorstehenden Verbots trat Schwerdt 1997 wieder in die NPD ein. Im Folgejahr wurde er in den NPD-Bundesvorstand gewählt. Im Juni 1998 trat Schwerdt eine neunmonatige Haftstrafe an, unter anderem wegen Volksverhetzung. Ende 1999 stand eine sechsmonatige Haftstrafe im offenen Vollzug an. Schwerdt hatte die gewaltverherrlichende CD „Unsere Einigkeit macht uns zur Macht" produziert und den Verkauf organisiert. Am 27. August 2003 hatte Schwerdt, damals NPD-Bundesgeschäftsführer, heute Rechtsamtsleiter im Parteivorstand, auf der NPD-Homepage dazu aufgerufen, überall in Deutschland „zivilen Ungehorsam" auszuüben und Asylbewerberheime zu verhindern: „Jedes verhinderte Asylbewerberheim ist ein Sieg der Deutschen gegenüber Bevormundung. Jedes verhinderte Asylbewerberheim erhöht den Druck auf die Verantwortlichen, dem Zustrom endlich Einhalt zu gebieten".

Anton Maegerle

„Geistiges Rüstzeug"

Das „Deutsche Kolleg" versteht sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches".

In Mosbach bei Eisenach in Thüringen will das rechtsextreme „Deutsche Kolleg" vom 5. bis 6. Juli seine Jahrestagung durchführen. Getagt wird wieder im Landgasthof „Zur Frischen Quelle". Gastreferent ist der österreichische Rechtsextremist Richard Melisch, der als führender Nahostexperte im rechtsextremen Spektrum gilt. Er spricht zu den Themen „Globalisierung. Der totale Krieg gegen die Völker der Welt" und „Pulverfass Nahost. Die Entstehungsgeschichte des Nahostkonflikts und seine weitere Entwicklung". Melisch lebte und arbeitete über drei Jahrzehnte als selbständiger Vertreter deutscher und österreichischer Firmen im arabischen Raum. Der Buchautor des geschichtsrevisionistischen Grabert Verlages ist als Referent bei der NPD, den NS-apologetischen Vereinen „Freundeskreis Ulrich von Hutten" und „Kulturwerk Österreich", der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik" sowie dem revanchistischen „Witikobund" einschlägig bekannt. Er greift unter anderem für das NPD-Sprachrohr „Deutsche Stimme", die FPÖ-nahe Monatszeitschrift „Die Aula" und die extrem rechte Wochenzeitung „Zur Zeit" zur Feder. Zum Thema „Theorie der Globalisierung" referiert Reinhold Oberlercher, Mitinitiator und Chefideologe des 1994 entstandenen „Deutschen Kollegs". Oberlercher veröffentlichte 1993 einen „Entwurf eines Hundert-Tage-Programms der nationalen Notstandsregierung in Deutschland". Darin schwadronierte er über den „Biotopschutz des deutschen Volkes in seiner Eigennatur und in seiner Umweltnatur" und die „Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches".

Das „Deutsche Kolleg" versteht sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches" sowie als Schulungseinrichtung der „nationalen Intelligenz" und will bundesweit „junge schöpferische Kräfte" bündeln, um ihnen „geistiges Rüstzeug" zu vermitteln. Entgegen dem eigenen Anspruch konnte das „Deutsche Kolleg" durch seine Schulungsaktivitäten keine Intellektualisierung des Rechtsextremismus voranbringen. Zeitweilig gehörte der fanatische Holocaust-Leugner Horst Mahler dem Führungsgremium des „Deutschen Kollegs" an.

Anton Maegerle

Seitenblick

Veräußerungsverbot

Geplante Verkäufe vorerst „auf Eis" gelegt.

Eines hat Neonazi-Immobilienbesitzer Jürgen Rieger erreicht: der Heisenhof in Dörverden und das Schützenhaus in Pößneck dürfen nicht ohne seine Zustimmung verkauft werden. Mit einer einstweiligen Verfügung sprach das Landgericht Erfurt seine Entscheidung zugunsten Riegers aus. Damit lägen die geplanten Verkäufe des Nachtragsliquidators Görge Scheid zunächst „auf Eis", berichteten die „Verdener Nachrichten".

Der Erfurter Rechtsanwalt Scheid war bestellt worden um sich um das deutsche Vermögen der „Wilhelm Tietjen Stiftung Ltd." zu kümmern. Riegers britische GmbH erlosch Ende August 2006, weil er keine Geschäftsberichte rechtzeitig vorgelegt hatte. Inwieweit Rieger eine Ersatzfirma geltend machen kann und diese dann das Vermögen übernehmen könnte, wurde nicht bekanntgegeben. „Er könne sich die Objekte übertragen lassen", räumte ein Gerichtssprecher jedoch gegenüber der Lokalzeitung ein. Als alleiniger Gesellschafter der gelöschten Firma dürfe Rieger wählen, ob er die Auszahlung des der Limited zustehenden Liquidationsguthabens in Geld will oder „die Übertragung einzelner Gegenstände aus dem Gesellschaftsvermögen" vorziehe. Der Sprecher des Landgerichtes betonte aber ausdrücklich, dass sich die aktuelle juristische Entscheidung allein auf ein Veräußerungsverbot beziehe – sie räume Rieger keinesfalls automatisch die erneute Verfügungsgewalt über die Grundstücke ein. Und so werden die geräumigen Liegenschaften in Thüringen und Niedersachsen wohl auch weiterhin – wie bereits seit Monaten – wie ausgestorben wirken: kein Zutritt für Neonazis. *Andrea Röpke*

Richtigstellung

In der Ausgabe 06/2008 hatten wir unter der Überschrift „Geschichtsverfälscher" berichtet, neben anderen habe auch Horst Mahler für die Finanzierung des Projektes zur Bildung einer „Erinnerungsstätte für deutsche Kriegsopfer" gesorgt.
Dies ist – wie sich inzwischen herausgestellt hat – nicht richtig. *Red.*

Grauzone

„Gesunder Nationalstolz"

CDU-Rechtsausleger versuchen Comeback.

Unter dem programmatischen Titel „Arbeit, Familie, Vaterland" will eine Wählervereinigung bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni um Stimmen werben. In den 10 Programmpunkten wird dem Heimatschutz, einem „gesunden Nationalstolz" und einem „Europa der selbstständigen Vaterländer" das Wort geredet. Die Wählervereinigung bekennt sich zum christlichen Standpunkt und zur Unterstützung von Mittelstand, Kleinunternehmen und Bauern. „Anständiges Geld für ordentliche Arbeit", lautet eine weitere Forderung.

Zwei ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete vom rechten Rand der Union sind die Zugpferde. Kopf der Liste ist der Ex-Parlamentarier Henry Nitzsche, der mit rechtspopulistischen Aussagen immer wieder für Schlagzeilen gesorgt hatte. So wurde er für seine Prophezeiung, dass einem Muslim eher die Hand abfaulen würde, als CDU zu wählen, in der Union scharf gerügt. Nitzsche warb schon im Bundestagswahlkampf 2005, noch für die Union, mit dem Slogan Arbeit, Familie, Vaterland. Kritiker warfen ihm damals vor, die Parole vom französischen Vichy-Regime kopiert zu haben. Nitzsche trat 2006 aus der Union aus. Dagegen kämpfte das zweite Zugpferd der neuen Wählervereinigung, der ehemalige Fuldaer CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, jahrelang auch juristisch für einen Verbleib in der Union. Dort war er wegen einer weithin als antisemitisch empfundenen Rede 2003 ausgeschlossen worden. Im Bundestagswahl 2005 war Hohmann im Wahlkreis Fulda als Einzelkandidat angetreten und erreichte knapp 21 Prozent. Jetzt versucht er bei der sächsischen Kommunalwahl sein politisches Comeback.

Die Wählerliste wirbt vor allem im konservativen Milieu der Union um Wählerstimmen. Schließlich war die Deutsche Soziale Union (DSU) in Sachsen besonders stark. Aber auch die sächsische NPD, die durch interne Querelen und Austritte von Abgeordneten viel Vertrauen ihrer eigenen Basis verspielt hat, dürfte in der neuen Vereinigung einen Konkurrenten sehen. *Peter Nowak*

Verfassungsschutz

Strategie der „Biedermänner“

Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein mit dem Schwerpunkt NPD.

„Die NPD ist eindeutig verfassungsfeindlich“, sagte Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay (SPD) zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2007. Die vom ihm zusammengestellte Materialsammlung sei eine „gute Grundlage“ für ein neues Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Gleichwohl ist Hay skeptisch, dass es dazu kommt: „Ich bedauere, dass die Mehrheit der CDU-Innenminister nicht bereit ist, daran mitzuarbeiten.“

Im aktuellen Bericht bilden die Umtriebe der NPD den Schwerpunkt im Kapitel „Rechtsextremismus“. Zwar ist es der Partei mit ihren konstant 240 Mitgliedern im nördlichsten Bundesland nicht gelungen, ihre Basis zu verbreitern und die öffentliche Präsenz zu steigern, doch im Vergleich zu der öffentlich kaum in Erscheinung tretenden DVU, die 2007 einen Schwund um 50 auf nun 250 Mitglieder zu beklagen hatte, setzen die Nationaldemokraten von den rechtsextremen Parteien immer noch die meisten Akzente – auch dank ihrer guten Verbindungen zu den Freien Nationalisten.

Als Sprachrohr dient der NPD die vom Landesvorstand herausgegebene Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“. Darin nehmen der Landesvorsitzende Uwe Schäfer oder Vize Ingo Stawitz in aktuellen Debatten zur Gesundheits- oder Gebietsreform Stellung, ziehen über das „Zwei-Parteiensystem“ – gemeint sind CDU und SPD – her oder diffamieren politische Gegner wie den ehemaligen Innenminister Schleswig-Holsteins, Ralf Stegner. Der Sozialdemokrat, der mit Initiativen gegen Rechts Aufmerksamkeit erregte, wurde in dem Organ absurderweise wegen seiner angeblich „extremistischen Positionen“ attackiert. Kritische Bemerkungen zu Politikern und politischen Sachverhalten seien laut Verfassungsschutz nicht als Beitrag zum demokratischen Diskurs zu verstehen, sondern würden lediglich als Vehikel genutzt, um Entscheidungsträger und damit das ganze parlamentarische System lächerlich zu machen.

Die Nationaldemokraten wollten vor allem öffentliche Aufmerksamkeit erregen, um als „Biedermänner“ in die Presse zu kommen, sagte Hay. Ein aktuelles Beispiel offenbart, dass diese Strategie durchaus erfolgreich ist: So zeigten der auch bei den Freien Nationalisten aktive umtriebige ostholsteinische NPD-Kreischef Jörn Lemke und Kreistags-Spitzenkandidat Marcus Tietz, ein Kraftfahrer aus Ahrensbök, kürzlich im Eutiner Kreistag Präsenz. In der Lokalpresse, die groß über den Termin anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahl berichtete, durfte Lemke verkünden, dass die NPD in ihrer Schwerpunktregion Lübeck/Ostholstein in 27 von 29 Wahlkreisen (Ausnahmen: Scharbeutz und Ratekau) antreten werde.

Während sich die NPD vor Ort bisweilen mit populistischen Kommentaren zu umstrittenen Projekten bei der Bevölkerung anbiedert, würden die Mitglieder auf parteiinternen Veranstaltungen jedoch weiter mit den seit Jahren bekannten nationalistischen, antisemitischen, antidemokratischen und ausländerfeindlichen Parolen versorgt, so Hay.

Neben der Region Ostholstein waren in den Kreisen Neumünster („Club 88“), Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig/Flensburg, der Stadt Flensburg und im Raum Riseby (Flugblatt-Aktionen, Gewalttaten, Sonnenwendfeiern) besonders starke rechtsextreme Aktivitäten zu beobachten. Die Zahl der Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein hat sich insgesamt nur geringfügig verändert. 2007 registrierte der Verfassungsschutz 1410 Mitglieder in rechtsextremen Parteien und Organisationen – 60 mehr als 2006. Auch bei den „sonstigen“ Rechtsextremisten ist ein leichter Zuwachs zu vermelden – von 150 (2006) auf 180.

Überraschend ist der Rückgang bei den Straftaten (von 510 in 2006 auf 440 in 2007) – darunter 59 Gewalttaten (2006: 65) –, obwohl das gewaltbereite rechtsextreme Potenzial, in der Mehrzahl Skinheads, im gleichen Zeitraum um 80 auf nun 740 Personen zunahm. Am häufigsten gerieten Rechtsextremisten wegen politisch motivierter Propagandadelikte mit dem Gesetz in Konflikt – insgesamt 381 Mal (2006: 445 Mal). Trotz des Rückgangs um 14 Prozent liege „die Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten damit im Vergleich der letzten Jahre auf einem immer noch hohen Niveau“, betonen die Verfasser des Berichts.

Volker Stahl

Ausland

Spaltungstendenzen

Rechtsextremisten in Frankreich wollen eine neue Sammlungsbewegung gründen und sich rechts vom abgeschlagenen Front National positionieren.

Die französische extreme Rechte könnte vor einer neuen Spaltung stehen. Der Front National (FN) steckt weiterhin in einer tiefen organisatorischen und politischen Krise. Andere Kräfte bereiten jetzt zusammen mit innerparteilichen Strömungen eine neue Parteigründung vor. Sie positionieren sich allerdings eher rechts vom FN (beziehungsweise dem Mainstream der Partei, insbesondere verkörpert durch die verhasste „Modernisiererin" Marine Le Pen) und werfen ihm vor, „zu schlapp" geworden zu sein.

Am 29. März wurde, laut einem Artikel der parteiunabhängigen rechtsextremen Wochenzeitung „Minute", anlässlich eines Treffens in Paris eine Struktur für eine neue Sammlungsbewegung geschaffen. Mit dabei waren laut Angaben eines prominenten Beteiligten, Robert Spieler, 40 rechtsextreme Kader, unter ihnen 15 Regionalparlamentarier. Die Struktur steht derzeit noch unter dem (provisorischen) Namen „Initiativkomitee für die Refondation (Wieder-, Neugründung)". Am 27. April soll diese „Bewegung" – die bislang noch keine politische Partei darstellt, aber in naher Zukunft eine werden will – sich einen endgültigen Namen verleihen, und am 1. Juni dieses Jahres in Paris einen Gründungskongress oder „nationalen Konvent" abhalten. Ihm soll im Dezember 2008 ein erster Parteitag folgen.

An dem Gründungsversuch nehmen bisher einige prominente Figuren der extremen Rechten teil. So findet man dort mit Robert Spieler den bisherigen Chef der 1988 aus einer Abspaltung des FN im Elsass entstandenen rechtsextrem-regionalistischen Bewegung „Alsace d'abord" (Elsass zuerst). Man stößt auch auf Bruno Mégret, den Vorsitzenden des Mouvement national-républicain (MNR, Nationale und republikanische Bewegung), einer Partei, die 1999 als Abspaltung vom FN entstand und die Hälfte seiner höheren Parteifunktionäre sowie seiner Mandatsträger mitnahm, aber heute klinisch tot und hoffnungslos überschuldet ist. Der MNR, beziehungsweise was davon noch übrig ist, dürfte sich deshalb wohl umso widerstandsloser in eine Sammelpartei hinein auflösen. Auch mehrere rechtsextreme Regionalparlamentarier, die bislang dem FN angehörten, wie Jean-François Touzé im Raum Paris, François Dubout in der Region Nord-Pas de Calais sowie François Ferrier und der katholische Fundamentalist Jean-Philippe Wagner in Lothringen/Lorraine sind an dem Neugründungsversuch beteiligt. François Dubout ist vor kurzem aus dem FN ausgeschlossen worden, weil er als Spitzenkandidat bei den jüngsten Kommunalwahlen im März in Calais seine Liste (gegen den Willen der Parteiführung) kurz vor der Stichwahl zurückzog und es dadurch der konservativen Regierungspartei UMP erlaubte, das bisher „kommunistisch regierte" Rathaus von Calais zu „erobern". Robert Spieler lobte ihn denn auch als „den, der das kommunistische Rathaus von Calais stürzte".

Nicht zuletzt treibt auch Robert Hélie in diesen Kreisen sein Unwesen, der Kopf der Zeitschrift „Synthèse nationale" – ihr Name ist Programm und soll die Sammlung der „härteren" Kräfte der extremen Rechten symbolisieren. Hélie konnte mehrere der Vorgenannten schon am 27. Oktober vergangenen Jahres zu einer gemeinsamen Saalveranstaltung im 7. Pariser Bezirk versammeln.

Robert Spieler trat, vor dem Hintergrund dieser anlaufenden Umgruppierung im rechtsextremen Lager, am 14. April vom Vorsitz der von ihm gegründeten Bewegung „Alsace d'abord" zurück. De facto befindet sich „Alsace d'abord" aber ohnehin in einer Krise, da die Formation durch ihre schlechten Wahlergebnisse geschwächt ist.

Der „Bloc identitaire", die radikalste Organisation der französischen extremen Rechten (Stiefelfaschisten mit Blut-und-Boden-Ideologie, Nachfolgetruppe der im August 2002 verbotenen Sammelplattform Unité Radicale/UR) scheint zwar mit eigenen Repräsentanten an den ersten Schritten des jüngsten Gründungsversuchs beteiligt gewesen zu sein. Er dementiert jedoch nunmehr seine Teilhabe. Tatsächlich taucht der Name seiner leitenden Kaderin im Département Nord (um Lille), Isabelle Crépin, auf der Teilnehmerliste des Gründungs-Vorbereitungstreffens vom 29. März dieses Jahres auf. Die Organisation will allerdings eigenen Angaben zufolge nicht an dem Treffen teilgenommen haben.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen

Demokraten im Praxistest

Die Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert ein Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus".

Eine Buchpräsentation kann leicht etwas dröge geraten. Nicht bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: Die Vorstellung des „Lern- und Arbeitsbuches 'Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie'" Mitte April war eingebettet in eine abwechslungsreiche Veranstaltung mit Workshops und Diskussion. Im Lauf der letzten Jahre habe sich viel Praxiswissen im Umgang mit Rechts angesammelt, stellte Lorenz Korgel, Mitherausgeber des Buches, einleitend fest. Zusammengetragen worden seien die Erfahrungen aus zahlreichen Projekten, die aus den von der Bundesregierung initiierten Programmen Civitas, entimon und Xenos gefördert wurden. „Nachdem die Programme in ihrer bisherigen Form beendet sind, geht es darum, Wissen und Erfahrungen aus der konkreten Arbeit zusammenzutragen", so Korgel. Das Lern- und Arbeitsbuch sei ein Resultat dieser Aufgabe.

In vielen Gegenden Deutschlands – oft im ländlichen Raum – gehöre Rechtsextremismus mittlerweile erschreckenderweise oft zur Normalität, sagte Dietmar Molthagen, Mitarbeiter der Ebert-Stiftung und weiterer Herausgeber des Buches. „Es gibt also genügend Gründe, sich in der Praxis mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen." Das Buch, das sich an Lehrende inner- und außerhalb der Schulen wendet, liefert eine Fülle an Methoden und Konzepten im Umgang mit Rechtsextremismus. „Eine Vielzahl der dreißig Lerneinheiten, die wir aufgenommen haben, sind praktisch erprobt", erklärte Mitherausgeberin Bettina Pauli. „Alle Ansätze setzen auf Kontinuität und Vernetzung mit dem jeweiligen sozialen Umfeld."

In sechs verschiedenen Workshops, die jeweils von Autorinnen und Autoren des Buches geleitet wurden, setzten sich die Veranstaltungsteilnehmer praktisch mit den dargestellten Methoden auseinander. So wurden Argumente gegen rechte Parolen zusammengetragen, Anregungen für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule gesammelt oder praxisnah vermittelt, wie sich rechtsmotivierte Gewalt auf Betroffene auswirkt. Die Quintessenz aus der zweistündigen Praxisphase bei der Veranstaltung fasste Andreas Klärner, weiterer Herausgeber des Lern- und Arbeitsbuches, zusammen: Die allgemeine Einschätzung laute, dass die Vermittlung demokratischen Handelns ein langwieriger und schwieriger Prozess sei. „In den sechs Workshops wurde auch deutlich, um wieviel leichter es ist, gegen Rechtsextremismus zu agieren, als für Toleranz und Demokratie einzutreten." Übereinstimmend hätten sich die Teilnehmenden für eine kontinuierliche pädagogische Arbeit auf diesem Themenfeld inner- wie außerhalb der Schulen ausgesprochen. „Einmalige Projekttage bringen weniger als langfristige Projekte", resümierte Klärner weiter die Workshop-Ergebnisse.

Die anschließende Podiumsdiskussion vermittelte, welchen Nutzen ein Lern- und Arbeitsbuch in der praktischen Arbeit gegen Rechtsextremismus haben kann, zeigte aber auch die Grenzen auf. Sylvia Brettschneider, Landtagspräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern, lieferte in ihrem Impulsreferat Einblicke in den Umgang mit der NPD, die mit sechs Mandaten im Parlament vertreten ist. Während es innerhalb des Parlamentes eine Übereinkunft der demokratischen Parteien gebe, die der NPD so wenig Darstellungsmöglichkeiten wie möglich biete, fehle es außerhalb des Landtags oft an wirkungsvoller Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, erklärte die SPD-Politikerin. Sie selbst habe mittlerweile ein Bündnis in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht, das die Arbeit gegen Rechts bündelt und positive Ansätze vermittelt.

Birgit Rommelspacher von der Alice-Salomon-Hochschule Berlin lobte den in dem Buch gewählten Ansatz, forderte aber auch, weitere Zielgruppen wie etwa ältere Menschen, weniger Gebildete oder Migranten im Umgang mit Rechtsextremismus zu schulen. Roman Ronneberg vom Verein Miteinander aus Sachsen-Anhalt verwies auf einzelne existierende Angebote für Ältere. Darüber hinaus sei es wichtig, in die Aufklärungsarbeit gegen Rechts und für die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft die Medien stärker einzubeziehen. „Das Buch ist ein Element dieser Arbeit", erklärte Dietmar Molthagen von der Ebert-Stiftung. „Daneben brauchen wir mehr Vernetzung bestehender Projekte, damit gute Praxisbeispiele übernommen werden."

Gudrun Giese

Handlungsempfehlungen

Konzepte für die politische Bildung.

Der von Dietmar Molthagen, Andreas Klärner, Lorenz Korgel, Bettina Pauli und Martin Ziegenhagen herausgegebene Sammelband „Lern- und Arbeitsbuch 'Gegen Rechtsextremismus'. Handeln für Demokratie" will Ideen und Methoden vorstellen, welche politische Bildung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus nutzen kann. Gegliedert ist der Band in sechs größere Kapitel, die sich mit folgenden thematischen Schwerpunkten beschäftigen: den Erscheinungsformen und Inhalten des Rechtsextremismus, den Grundlagen von Demokratie und Gesellschaft, der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den Schulen, in der Kommune, in der außerschulischen Jugendarbeit und als Aufgabe der Zivilgesellschaft. In den darunter stehenden Beiträgen werden allgemeine wie besondere Aspekte als Gegenstrategien in diesen Handlungs- und Themenfeldern angesprochen.

Dabei liefern die jeweiligen Texte zunächst einige Sachinformationen, um danach ein praktisches Konzept zur didaktischen Umsetzung anzubieten. Insofern handelt es sich bei dem Band tatsächlich um ein „Lern- und Arbeitsbuch": Auf engem Raum bringen die Beiträge zunächst das relevante Grundwissen zum Themenkomplex, verbunden mit weiterführenden Literaturhinweisen, um dann Bildungsbausteine für die verschiedenen Aspekte zu präsentieren. Hierbei findet man exakte Angaben zu Gruppengröße, Ablauf der Einheit, Didaktikwechsel, Arbeitsgruppen- und Plenumdiskussionen. Insbesondere die Ausführungen zur Argumentationshilfe gegen Rechtsextremisten verdienen Interesse. So verfügt das Handbuch über einen hohen Gebrauchswert, insbesondere für Leser aus dem Bildungsbereich. Die vorgeschlagenen Konzepte richten sich aber an Personen, die Gegner des Rechtsextremismus sind beziehungsweise eine noch neutrale Haltung einnehmen. Zum Umgang mit Rechtsextremisten selbst wäre noch ein weiteres Kapitel sinnvoll gewesen.

Armin Pfahl-Traughber

Dietmar Molthagen/Andreas Klärner/Lorenz Kogel/Bettina Pauli/Martin Ziegenhagen (Hrsg.). Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus". Handeln für Demokratie. J. H. W. Dietz-Verlag Bonn 2008, 410 S., 19,90 Euro.

„Patriotische Kleidung"

Analyse einer mehrdeutigen Modemarke.

In rechten Szenemagazinen wird die Modemarke Thor Steinar als „patriotische Kleidung mit modischer Attitüde" gepriesen. In vielen Städten gehen demokratische Bündnisse gegen Vertriebsstellen von Thor-Steinar vor. Eine Broschüre gibt jetzt in leicht verständlicher Form eine gute Einführung in die Produktpalette von Thor Steinar. Darin wird die These vertreten, dass die Mehrdeutigkeit der Symbole und Begriffe zum Erfolg der Marke beigetragen habe. „Das Design von Thor Steinar greift aktuelle Modetrends auf und verbindet diese mit Motiven, welche positive Deutungsmöglichkeiten bezüglich nordisch-völkischer Mythologie, Kolonialismus und nationalsozialistischer Ideologie zulassen", schreiben die Herausgeber.

Diese drei Bedeutungsfelder werden dann anhand verschiedener Produkte genauer untersucht. So sind sowohl im alten, als auch im neuen Thor Steinar-Logo Runen enthalten, die auf die nordische Mythologie verweisen. Auch Namen von Kleidungsstücken wie Woutan und Wandalia haben eindeutig Bezüge zur nordischen Mythologie. Am Begriff Nordland wird das bewusste Changieren zwischen verschiedenen Begriffsdeutungen anschaulich dargestellt. Nordland kann für Norwegen stehen, aber auch eine aus Skandinaviern bestehende SS-Division bezeichnen. In der SS-Ideologie stand der Begriff Nordland auch für den Kampf aller als germanisch imaginierten Ethnien gegen den Bolschewismus. Beim Motiv „Wiking Division" ist der Bezug naheliegend zur SS-Panzerdivision Wiking, die unter anderem für die Ermordung von zahlreichen Juden in Galizien verantwortlich war.

In der Broschüre wird noch auf die aktuelle juristische Auseinandersetzung um die Marke Thor Steinar eingegangen. Am Ende findet sich eine knappe Chronik der sechsjährigen Geschichte dieser Modemarke.

Peter Nowak

Die Broschüre gibt es unter http://investigatethorsteinar.blogsport.de/images/investigate_thorsteinar_web.pdf oder E-Mail: investigate-ts@emdash.org

Blick in die Zeitgeschichte

16 Bände „Holocaust“

Eine neue Reihe dokumentiert umfassend die Verfolgung und Ermordung der Juden durch das nationalsozialistische Deutschland.

Die Zeit des Nationalsozialismus gehört zwar zu den am besten untersuchten Themen der Geschichte, seine Erforschung geht aber weiter. Soeben hat der angesehene Münchner Oldenbourg Verlag den ersten Band seiner neuen Reihe „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945+“ ausgeliefert. Ob das nötig und erforderlich sei, darf angesichts der weltweit nicht mehr überschaubaren Fülle von Büchern zu diesem Thema gefragt werden.

Die Antwort fällt leicht, wenn man einen kurzen Blick auf die Innenseite des grauen Einbandes wirft. Da erfährt der Leser nämlich bereits, dass angesichts so subtiler Forschung tatsächlich etliche Bände nötig sind, um das Ziel zu erreichen. Dies sind die Untertitel der angekündigten weiteren 15 Bände: Band 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939; Band 3: Deutsches Reich und Protektorat September 1939 – September 1941; Band 4: Polen 1939 – Juli 1941; Band 5: West- und Nordeuropa 1940 – Juni 1942; undsoweiter undsoweiter bis zu Band 16: Das KZ Auschwitz 1942 – 1945 und die Zeit der Todesmärsche. Die Reihe geht weit über das hinaus, was bisher in deutscher Sprache greifbar ist. Gewiss, es gibt seit 1993 die berühmte dreibändige „Enzyklopädie des Holocaust“ aus dem Argon Verlag. Dort findet man selbstverständlich unter den jeweiligen Stichworten „Ungarn“, „Rumänien“ oder „Polen“ in aller Kürze, was dort während des Holocaust geschehen ist, aber eben nur sehr komprimiert. Wer im Detail erfahren will, wie das in der Sowjetunion war, muss sich entweder mit der Enzyklopädie begnügen oder andere Fachbücher zu Hilfe zu ziehen. In der neuen Reihe findet man alles auf dem neuesten erreichbaren Stand.

In der vorzüglichen gut 40 Seiten langen Einleitung wird ein Überblick über die gesamte Reihe gegeben – von der Judenemanzipation in den wichtigsten europäischen Staaten über die Lage der Juden beim Übergang vom Kaiserreich zum Ersten Weltkrieg und der Rolle der Juden während dieses Gemetzels. Dabei wird selbstverständlich die höchst umstrittene „Judenzählung“ vom 1. November 1916 nicht vergessen. Leider konnten die Hintergründe dieser Aktion nicht restlos geklärt werden. War es nun eine Befragung, um den Juden anzuhängen, sie hätten sich vor dem Kriegsdienst gedrückt, um hinter der Front viel Geld zu verdienen oder sollte den Antisemiten bewiesen werden, dass zu den Patrioten selbstverständlich auch die deutschen Juden zählten? Wichtig, dass es in diesem ersten Band dazu ein eigenes, wenn auch kurzes Kapitel gibt.

Dann geht es weiter über den Antisemitismus während der Republik von Weimar über „Die deutschen Juden zu Beginn der NS-Zeit“ und „Antisemitismus als Staatsziel“, „Verhaltensweisen der ‘arischen’ Minderheit“ und „Reaktionen der Verfolgten“, „Zwischen Gewalt und Sonderrecht“, „Rückzug, Selbsthilfe und Emigration“ und „1935, das Jahr der Nürnberger Gesetze“ bis zum letzten Kapitel der Einleitung, das „Die Zentralisierung der Judenpolitik“ heißt. Diese Einleitung enthält nicht nur wichtige historische Hintergründe, sondern hilft gleichzeitig, mit den 320 Dokumenten umzugehen, die der Band enthält. Sie führen chronologisch geordnet und klug ausgewählt durch die ersten vier Jahre der NS-Herrschaft. Diese Dokumente kann man nicht wie einen Roman lesen, man kann aber gezielt nachschlagen, was damals wie veranlasst oder kommentiert wurde.

Aufschlussreich ist auch die Gruppe der Herausgeber, die vom Bundesarchiv, dem Institut für Zeitgeschichte und dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Freiburg im Breisgau berufen worden ist. Alphabetisch geordnet gehören dazu Götz Aly, der schon viele kluge Bücher über die NS-Zeit und ein wenig überzeugendes über die „68er“geschrieben hat, Wolf Gruner, Susanne Heim, Hans-Dieter Kreikamp, Host Möller, Dieter Pohl, Hartmut Weber und Ulrich Herbert, der verdiente und zu Recht hoch gelobte Inhaber des Freiburger Lehrstuhls. Bei der Zusammensetzung braucht niemandem bange um die Realisation dieser gewaltigen Aufgabe zu sein.

Heiner Lichtenstein

Christenkreuz und Hakenkreuz

Wie sehr Kirchenbau und kirchliche Kunst vom Nationalsozialismus geprägt waren, macht eine empfehlenswerte Ausstellung an elf Beispielen aus ganz Deutschland deutlich.

Dass sich auch die Kirchen gegenüber der NS-Ideologie empfänglich zeigten und das Regime zumindest anfangs begrüßten, ist bekannt. Dies gilt vor allem für die Evangelische Kirche, in der sich die „Deutschen Christen“, eine starke innerkirchliche Strömung unter der Führung des „Bevollmächtigten des Führers“, Ludwig Müller, bei den Kirchenwahlen im Juli 1933 fast überall mit Zweidrittelmehrheiten durchsetzen konnte. Die Evangelische „Nationalsynode“ in Wittenberg wählte Müller daraufhin im September zum „Reichsbischof“. Im gleichen Monat wurde jedoch auch der „Pfarrernotbund“ gegründet, aus dem dann der Widerstand der „Bekennenden Kirche“ erwuchs.

Die Deutschen Christen forderten bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem „Führer“, sie propagierten ein heldisches Christusbild, predigten Rassismus und Judenhass. So heißt es in der Urkunde, die 1933 bei der Grundsteinlegung für die Weihnachtskirche in Berlin-Haselhorst durch „Reichsbischof“ Müller beigegeben wurde: Wir „bekennen uns an dieser Stätte künftiger Anbetung als Deutsche Christen zu dem lauteren Evangelium von Jesus Christus, dem Heiland und Gottessohn, und in unverbrüchlicher Liebe und Treue zum Staate und Werke Adolf Hitlers, dem das deutsche Volk nach 14 Jahren unaufhaltsamen Niederbruchs und immer schamloser sich gebärdender Gottlosigkeit die Wende seines Lebens und seiner Geschichte verdankt.“

Wie sehr davon auch Kirchenbau und kirchliche Kunst geprägt wurden, macht eine sehr sehenswerte Ausstellung, die Stefanie Endlich, Monica Geyler-von Bernus und Beate Rossié für das Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V. erarbeitet haben, an elf Beispielen aus ganz Deutschland deutlich. Eine Auferstehung – häufiges Motiv in der NS-Kunst – zeigt Christus als blonden Arier, eine Hand zum Hitlergruß erhoben (St. Marien in Strasburg/Uckermark). Auf einem Kreuzigungsfresko (Offenbach-Bieber) wird einer der beiden mit Christus gekreuzigten Schächer als Jude in der Art der hetzerischen „Stürmer“-Karikaturen dargestellt. Und auf zwei Totentanz-Fresken einer Aussegnungshalle in Ingolstadt reihen sich in Uniform SA, SS- und Arbeitsdienstmann auf der einen Seite, Kampfflieger, Marine- und Feldsoldat, denen der Tod einen Ehrenkranz voran trägt, auf der anderen Seite in den Zug ein. Die Kirche in Untermaßfeld/Thüringen wird von zwei überlebensgroßen Figuren beherrscht: „Mutter“ (vor dem Taufbecken) und „Kämpfer“, ein Soldat mit Stahlhelm, Gewehr und Patronengurt: Die Gleichsetzung von soldatischem Sterben mit dem Opfertod Christi, so die Ausstellungsmacherinnen, spielt eine zentrale Rolle in der Ideologie der „Deutschen Christen“.

Ein besonders umfangreiches Bildprogramm weist die Martin-Luther-Gedächtniskirche in Berlin-Mariendorf auf, der deshalb ein eigener Raum gewidmet ist. Das Kanzelrelief stellt die Bergpredigt dar: Christus in historisierender, eine zuhörende Familie jedoch in der Kleidung der Zeit, dabei auch ein Soldat und zwei Hitlerjungen in Uniform. Ein Triumphbogen ist mit über 800 quadratischen Keramikplatten verkleidet, die christliche und nationalsozialistischen Symbole systematisch miteinander verknüpfen. Die Orgel wurde erstmals auf dem Reichsparteitag 1935 in Nürnberg gespielt. In dem als Ehrenhalle gestalteten Vorraum schließlich sind Terrakottaköpfe von Martin Luther und Hindenburg angebracht, letzterer anstelle eines Hitlerbildes, das bis 1945 auf die Einweihung der Kirche „unter der Regierung des Führers und Reichskanzlers“ hinwies. Anders als bei vergleichbaren Kirchen sind hier fast alle Aspekte der sakralen NS-Kunst erhalten. Deshalb steht die Kirche seit 1995 unter Denkmalschutz. Sie wurde jedoch wegen Baufälligkeit geschlossen (Führungen an jedem zweiten Sonntag im Monat um 14.00 Uhr; Anmeldungen telefonisch unter 030 216 3571 oder unter info@bfgg.de). Wie die Kirche saniert und künftig genutzt werden kann, ist offen. Ziel der Ausstellung, ein Begleitband ist in Planung, ist es deshalb auch, eine Diskussion um die Zukunft des Gebäudes anzuregen.

Theo Meier-Ewert

Die Ausstellung „‘Christenkreuz und Hakenkreuz’ – Kirchenbau und sakrale Kunst im Nationalsozialismus“ wird bis zum 12. Juli 2008 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin, gezeigt; anschließend in München und Hamburg.

Meldungen

Zweifel an der Verfassungstreue

Schwerin – Vom Landeswahlausschuss wurde das Aus für die NPD-Landratskandidaten in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt. Der Landesvorsitzende der NPD Stefan Köster und der NPD-Parlamentarier Michael Andrejewski dürfen endgültig nicht am 18. Mai zur Landratswahl antreten. Der Landeswahlausschuss wies die Beschwerden der beiden NPD-ler gegen ihre Nichtzulassung durch die Kreiswahlausschüsse Ludwigslust und Anklam zurück. Der Landeswahlausschuss begründete die Entscheidung mit erheblichen Zweifeln an der Verfassungstreue der Kandidaten. NPD-Landeschef Köster beschimpfte die Mitglieder des Landeswahlausschusses als „ echte Feinde der Demokratie“. Für den Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx ist die Entscheidung „Rechtsbruch, par excellence“. „Das müssen sie sich vorhalten lassen, dereinst“, drohte gar der NPD-Fraktionsvorsitzende Pastörs den Mitgliedern des Landeswahlausschusses. „Den Wählern kann nur empfohlen werden, bei einer solchen Farce den Stimmzettel erst gar nicht anzufassen.", erneuerte Pastörs in einer Presseerklärung seinen Aufruf zum Wahlboykott. (tn)

Vorstandswechsel

Vlotho – Udo Walendy ist neuer Vorsitzender des rechtsextremen „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV; Vlotho). Der rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilte Walendy (80) war von 1965 bis 1972 Mitglied im NPD-Parteivorstand und zwischen 1971 und 1973 NPD-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Walendy, der in der Vergangenheit zu den aktivisten Revisionisten in der Bundesrepublik zählte, löst den bisherigen Vorsitzenden Bernhard Schaub aus der Schweiz ab. Stellvertretende Vorsitzende ist weiterhin Ursula Haverbeck, die ebenfalls wegen Volksverhetzung verurteilt ist. Schatzmeister bleibt Arnold Höfs. Schaub, jüngst Referent beim Jahreskongress der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), weilte im Dezember 2006 auf der holocaustleugnenden Konferenz in der iranischen Hauptstadt Teheran. Er will sich „verstärkt der politischen Bildungsarbeit für Nachwuchspolitiker und der Reichsbewegung widmen“. Der VRBHV wurde im November 2003 in der rechtsextremen Schulungsstätte „Collegium Humanum“ in Vlotho, Nordrhein-Westfalen, auf Initiative des notorischen Antisemiten Horst Mahler gegründet. Der Verein will die Bemühungen der Holocaust-Leugner bündeln, ihre Ansichten in der Öffentlichkeit bekannt machen und ihnen bei Strafverfahren oder Verurteilungen rechtlich und finanziell beistehen. Gründungsmitglieder des VRBHV sind bekannte Revisionisten aus dem In- und Ausland. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de